

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: AG 5/2-2

Siegen, 03.02.2021

Bereich: Fachberatung / Verw. Kindertagesstätten

Bearbeitet von: Isabella Klempau

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Jugendhilfeausschuss**

**04.03.2021**

Kurzbezeichnung:

**Verteilung der Fördermittel zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz (neue Fassung) für den Zeitraum 01.08.2020 bis 31.07.2024**

### Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Universitätsstadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht zur Verteilung der Fördermittel zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz zur Kenntnis.

### Sachverhalt / Begründung:

Gemäß § 48 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) gewährt das Land NRW den Jugendämtern ab dem 01.08.2020 einen Zuschuss für die Flexibilisierung von Betreuungszeiten in Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder. Dabei soll im Rahmen der Jugendhilfeplanung über die Aufnahme von Angeboten in die Bedarfsplanung entschieden werden.

Wie bereits in Vorlage-Nr. 2858/2020 angekündigt wurden für die zukünftige Verteilung der Mittel nach § 48 KiBiz ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 nach Vorberatungen im Unterausschuss Regelungen erarbeitet und mit Vorlage-Nr. 2959/2020 beschlossen, die in die Bedarfsplanung 2020/2021 eingeflossen sind.

Hinsichtlich des Inhaltes der Kriterien und Regelungen wird auf die Vorlage 2959/2020 verwiesen.

Coronabedingt haben sich für die Träger Anlaufschwierigkeiten hinsichtlich des Programmes sowie der Nutzung und Inanspruchnahme des Angebotes der flexiblen Betreuungszeiten ergeben. In Beratungsgesprächen mit den Trägern wurde aus diesem Grund die schriftlich festgehaltene Vereinbarung über die Förderkriterien und Modalitäten zunächst für ein Kindergartenjahr abgeschlossen. Nach Ablauf des ersten Jahres und Darlegung der Erfahrungsberichte der Träger soll erneut über die Förderkriterien und Modalitäten mit den Trägern

beraten werden.

Folgendes wurde mit den Trägern in der Vereinbarung für das Kindergartenjahr 2020/2021 festgehalten:

Gemäß § 48 KiBiz sollen Angebote bereitgestellt werden wie:

- Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen, die über eine Öffnungszeit von wöchentlich 47 Stunden hinausgehen,
- Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen an Wochenend- und Feiertagen,
- Öffnungszeiten und Betreuungsangebote nach 17 Uhr und vor 7 Uhr,
- bis zu 15 der Öffnungstage im Kindergartenjahr für Kindertageseinrichtungen, die nur 15 Öffnungstage oder weniger jährlich schließen,
- zusätzliche Betreuungsangebote bei unregelmäßigem Bedarf oder für ausnahmsweise kurzfristig erhöhten Bedarf der Familien und Notfallangebote sowie
- ergänzende Kindertagespflege gemäß § 23 Abs. 1 KiBiz

Zur Ausgestaltung, Umsetzung und Evaluation der vorstehenden Bestimmungen wurden folgende Punkte vereinbart:

1. Die aus Fachberatungen und Kita-Leitungen bestehende Arbeitsgruppe entwickelt Kriterien zur Umsetzung der sich aus dem § 48 KiBiz ergebenden Aufgaben. Anhand der gemeinsam entwickelten Kriterien wird die Umsetzung der Aufgaben jährlich evaluiert.
2. Mindestens das KiTa-jahr 2020/2021 wird als Entwicklungsprozess eines bedarfsgerechten Angebotes genutzt und ist als Erprobungsphase zu betrachten. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass eine längere Phase der Etablierung erforderlich ist, um die entsprechenden konzeptionellen Anpassungen vorzunehmen. Auch die Etablierung in der Elternschaft wird -wie bei jeder Veränderung des Angebotes- vermutlich einige Zeit in Anspruch nehmen.
3. In Zusammenarbeit mit den Einrichtungen und Trägern sollen Kriterien definiert werden, die zukünftig hinsichtlich der finanziellen Förderung und der Berechnungsmodalitäten ein transparentes System zur Verteilung der Fördergelder unter Berücksichtigung der erbrachten Leistungen ermöglichen.
4. Die finanzielle Förderung setzt sich aus 2 Bereichen zusammen.  
Sie beinhaltet eine Sockelförderung (grundsätzlicher Aufwand der Einrichtungen) sowie leistungsbezogene Förderbestandteile (z.B. über Punkteranking) unter Berücksichtigung des Umfangs tatsächlich eingesetzter Ressourcen, insbesondere der personellen Ressourcen. Eine Gewichtung der verschiedenen Kostenbereiche (Personalkosten, Sachkosten, Verwaltungskosten) ist zu definieren. (siehe Regularien zur Betriebskostenabrechnung)
5. Das Angebot ist unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben, der im Sozialraum bestehenden Bedarfe und unter Beachtung der Interessen des Kindeswohls zu ent-

wickeln. Die Interessen des pädagogischen Personals sind angemessen zu berücksichtigen.

6. Es sollte eine Regelmäßigkeit bei der Inanspruchnahme gegeben sein. Dies dient der Planbarkeit der pädagogischen Arbeit. Auf besondere, individuelle Notlagen der Familien soll auch kurzfristig eingegangen werden.
7. Der Bedarf für die erweiterten Betreuungszeiten ist mit entsprechendem Vorlauf durch die Personensorgeberechtigten in der Einrichtung anzuzeigen. Für die Inanspruchnahme können seitens der beteiligten Einrichtungen abhängig vom Alter der Kinder und vom gewählten Betreuungsumfang definierte Eckpunkte als Rahmen festgelegt werden (z.B. max. Betreuungszeiten pro Tag/Woche, max. Anzahl an Ferientagen etc.).
8. Die erweiterten Betreuungszeiten sollen in der Phase der Etablierung auch unabhängig von der Inanspruchnahme weitestgehend vorgehalten werden. Sofern sich eine Einschränkung bei den in 1-7 genannten Punkten ergibt, soll eine Abstimmung mit dem Jugendamt erfolgen, wobei die Verhältnismäßigkeit gewahrt wird. Die Elternbeiräte der Einrichtungen sowie der Jugendamtselternbeirat soll in die Überlegungen und Abstimmungen für das flexible Angebot mit einbezogen werden.

Für das erste halbe Kindergartenjahr 2020/2021 wurde zur Einführung des Programms folgende Förderung vereinbart:

Verwaltungskosten	1.072,50 € (1,5 % der Bezugsfördersumme = 71.500,00 €)
Personalkosten :	3.217,50 € (3 Leitungsfreistellungsstunden)
Sachkosten:	2.500,00 € (pauschaliert)

Für die Folgezeit wurde nachstehende Förderung vereinbart:

Verwaltungskosten	1.072,50 € (1,5 % der Bezugsfördersumme)
Personalkosten	2.145,00 € (2 Leitungsfreistellungsstunden)
Sachkosten	2.500,00 € (pauschaliert)

Die Gesamtsockelförderung für 1 Jahr Kindergartenjahr beträgt somit 12.507,50 €.

Die darüber hinausgehende Fördersumme ist ausschließlich in personelle Ausstattung zu investieren.

Das Land NRW stellt den Jugendämtern in den Jahren 2020/2021 40 Mio. €, ab 2021/2022 60 Mio. € und ab 2022/2023 80 Mio. € zur Verfügung. Auf das Jugendamt der Stadt Siegen entfallen davon für 2020/2021 zunächst 229.600 €. Die Summe erhöht sich in den Folgejahren entsprechend der Steigerung der zur Verfügung gestellten Landesmittel.

Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Landesmittel ist, dass das Jugendamt diesen Zuschuss an Träger weiterleitet und um 25 % aus eigenen Mitteln aufstockt. Die dafür erforderlichen städtischen Mittel sind im Haushaltsplan eingestellt. Demnach ergibt sich für das Kita-Jahr 2020/2021 eine Fördersumme von bis zu 287.000 €

Hinsichtlich der Steigerung der Fördersumme für das kommende Kindergartenjahr 2021/2022 wurden die Träger inzwischen für den Fortgang des Programms aufgefordert, Interessensbekundungen einzureichen.

**Finanzielle Auswirkungen** ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer
287.000,00 €	2021/22 = 430.500,00 € 2022/23 = 574.000,00 €	2020/21 = 57.400 € 2021/22 = 86.100 € 2022/23 = 114.800 €	2020/21 = 229.600 € 2021/22 = 344.400 € 2022/23 = 459.200 €	<input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input checked="" type="checkbox"/> im Ergebnisplan  2020	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit  34.500.000 € 2.100.000 €	Kostenträger/ Investitionscode 06020101 Sachkonto 5318020/5318030
--	---	-------------------------------	--	---

#### Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>			

i.A.

gez.

Dr. Raimund Jung  
Leitung Jugendamt

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.